Pfund's Condensirte Milch
in Dosen, ohne Messer und Scheere zu öffnen.
Beste Kindernahrung.
Als Kaffee-Sahne billig und bequem.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Reise-, Sport- und Touristen-Schuhe
in grosser Auswahl empfehlen F. & A. Hammer, Schloss-Str. 21, neben d. K. Schloss.

Closets & Badeartikel
in grösster Auswahl billigst!
Friedrich Gappisch
Königl. Sächs. Hoflieferant,
DRESDEN-A. Marienstr. 11,
gegenüber 3 Raben,
Fabrik: Fischhofplatz.

Tuchwaaren.
Deutsche und englische Tuche, Buckskins, Kammgarne und Cheviots in nur soliden und farbechten Qualitäten zu billigen Preisen empfehlen
Pörschel & Schneider, Scheffelstr. 19.
Mustersendungen franco.

Grösstes Lager!
Garten-Schläuche
Vorzüglichste Qualitäten zu Fabrikpreisen in schwarz oder roth Gummi, auch in Hanf und Hanf gummirt.
Wiederverkäufer und Gärtner Rabatt.
Gummi-Fabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 28 Telephon 289.

Zur Reise
empfiehlt in reichster Auswahl:
Reise- und Touristen-Taschen, Plaidhüllen, Reisekissen, Necessaires etc.
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstrasse 3 (zunächst dem Altmarkt).

Touristenjoppen, Mäntel, Hüte, Rucksäcke, Touristentaschen,
grösste Auswahl in Reisebekleidung, empfiehlt Jos. Fiechtl aus Tirol, Schloss-Strasse 23, neben dem Königl. Schloss.

Nr. 186. Spiegel: Amerikanische Präsidentenwahl. Hofnachrichten, Hospizweihe, Ferienkolonien, Königschießen, Crato-Sommerfest, Gerichtsverhandlungen. Arnold's Kunstsalon. | Muthmaßliche Witterung: Aufheiternd, wärmer. | Dienstag, 7. Juli.

Politisches.

Die Schlaglichter, die von den Vorbereitungen für die amerikanische Präsidentenwahl auf die innerpolitische Lage in der großen Republik und ihre treibenden Kräfte fallen, erhellen die Situation in einer für Europa recht unerfreulichen Weise. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß die republikanische Partei im aufsteigenden Zeichen steht und sich ihres Sieges vollkommen sicher fühlt. Was das für die europäische Politik und die europäische Industrie gegenüber Amerika bedeutet, erhellt aus dem republikanischen Parteiprogramm, wie es auf dem jüngst in St. Louis abgehaltenen Nationalkonvent der Partei festgestellt worden ist, und aus der Persönlichkeit des zum Präsidentschaftskandidaten nominirten Mc Kinley.

Das Programm beginnt mit einer Verurtheilung des demokratischen Regimes, das eine „Zeit der Unfähigkeit, der Schmach und des Unglücks ohne Gleichen" gewesen sei. Nachdem so den politischen Gegnern der Kopf vor die Füße gelegt worden ist, erfolgt ein feierliches Bekenntniß zu den Grundsätzen des Hochschutzzolles, von dem erhofft wird, daß er die „Vorherrschaft der amerikanischen Industrie" herbeiführen werde. „Diese einzig richtige amerikanische Politik", heißt es, „besteuert ausländische Produkte und ermuthigt die einheimische Industrie; sie bürdet die Beschaffung der Einnahmen der Ausfuhr ausländischer Waaren auf; sie sichert den amerikanischen Markt dem amerikanischen Produzenten; sie hält die Löhne des amerikanischen Arbeiters auf derselben Höhe; sie bewirkt, daß Industrie und Landwirthschaft Hand in Hand gehen und macht den amerikanischen Landwirth weniger abhängig von ausländischer Nachfrage und ausländischen Preisen." Im Zusammenhang damit wird die strenge Durchführung der Einwanderungsgesetze gefordert, damit unliebsame fremde Elemente ferngehalten und auch die einheimischen Arbeiter gegen die Konkurrenz ausländischer Arbeitskräfte geschützt werden. Mit Bezug auf die Währungsgesetze wird erklärt, daß die republikanische Partei unerschütterlich für „gesundes Geld" sei. Die auswärtige Politik soll „fest, kraft- und würdevoll" sein. Die Monroelehre wird scharf betont. Die Vereinigten Staaten haben darnach das Recht, dem Ansuchen eines jeden amerikanischen Festlandsstaates um Einschreiten im Falle europäischer Bedrückung zu entsprechen, und es wird sogar der Wunsch ausgedrückt, es möchte in absehbarer Zeit jedwede europäische Macht von dem gesammten amerikanischen Kontinent sich zurückziehen.

Um zunächst denjenigen Punkt herauszugreifen, der für die europäischen Interessen zwar nicht minder wichtig ist als die anderen, aber doch seine Spitze nicht gegen sie kehrt, sondern vielmehr auf eine europäisch-amerikanische Verständigung hinweist, so ist in erster Linie die Währungsfrage zu behandeln. Dabei kommt Alles auf die Beantwortung der Frage an: „Was verstehen die amerikanischen Republikaner unter dem Ausdruck „gesundes Geld"?" Liest man darüber die deutsche Goldwährungspresse, so müßte man eigentlich zu dem Glauben gelangen, daß die Republikaner Anhänger der Goldwährung im deutschen Sinne, die Demokraten dagegen Vertreter der Doppelwährung, also Bimetallisten nach kontinentalen Begriffen seien. Das ist aber ein gründlicher Irrthum. Eine reine Goldwährungspartei, die das Silber zur Scheidemünze machen wollte und die internationale Regelung der Währungsfrage grundsätzlich bekämpfte, giebt es in den Vereinigten Staaten überhaupt nicht. Dagegen will eine starke Partei das Extrem nach der anderen Seite, indem sie unbeschränkte Silberfreiprägung zu dem früheren guten Werthverhältniß zum Golde seitens der Vereinigten Staaten allein ohne Rücksicht auf die übrigen Mächte verlangt. Dieser Silberradikalismus — ungesundes Geld — ist im Wesentlichen in der demokratischen Partei verkörpert, und ihm tritt die republikanische Partei entgegen, indem sie sich für den Bimetallismus auf Grund internationaler Vereinbarung — gesundes Geld — ausspricht. In Wirklichkeit sanktionirt also das republikanische Parteiprogramm nicht die Gold-, sondern die Doppelwährung, aber auf der Grundlage einer internationalen Vereinbarung. Ueber die Frage, was in der Zwischenzeit, bis ein solches Abkommen erreicht sei, zu geschehen habe, äußert das Parteiprogramm sich dahin, daß so lange die bestehende Goldwährung bewahrt und eine Parität mit dem Golde für jedes Silber- oder Papiergeld aufrecht erhalten werden müsse. Daraus ergiebt sich also, daß die europäischen Mächte die Vereinigten Staaten unter republikanischer Flagge wenigstens insoweit an ihrer Seite finden werden, als sie zu einer internationalen Regelung der Währungsfrage bereit sind.

Damit ist aber auch die Liste der gemeinsamen Interessen erschöpft, und der übrige Theil des Programms athmet unerbittlichen Kampf gegen das „alte verrottete Europa", wie der Yankee mit hochmüthigem Nasenrümpfen unseren Erdtheil zu nennen beliebt. Alle europäischen Mächte will das Nationalamerikanerthum von dem amerikanischen Festlande verdrängen, und nicht genug damit, soll auch mit Hilfe einer rigorosen Hochschutzzollpolitik der völlige wirthschaftliche Abschluß Amerikas von Europa verwirklicht werden. Das ist das letzte Ziel der Panamerikanisten aus der Schule des verflossenen Staatssekretärs Blaine, als dessen konsequenter Nachfolger jetzt Herr Mc Kinley das politisch-wirthschaftliche Leben der Nation regiert. Mit Herrn Mc Kinley ist nicht zu spaßen. Wenn sein Name als Stempel auf ein republikanisches Tarifprogramm gesetzt wird, so darf man sich hier zu Lande darauf verlassen, daß die Aktion nicht im Sande verlaufen wird. Mc Kinley ist nicht nur der Vater der amerikanischen Schutzzollpolitik der neuesten Zeit, sondern er ist geradezu der Träger einer Art von panamerikanischer Legende geworden, die in ihm den Mittelpunkt aller Bestrebungen erblickt, die auf die politische und wirthschaftliche Absperrung ganz Amerikas unter der Führung der Vereinigten Staaten gerichtet sind.

Diese Bewegung wird zwar bis jetzt in Europa wenig gewürdigt, und es giebt sicherlich noch sonst einsichtsvolle Leute genug, die sich berechtigt glauben, über die angebliche panamerikanische „Gefahr", die für sie nur in Gänsefüßchen existirt, die Achseln zu zucken. Manche gehen sogar soweit, den Vereinigten Staaten überhaupt eine dauernde staatliche Lebensfähigkeit abzusprechen und die „baldige" Auflösung der Union in eine westliche und eine östliche Hälfte zu prophezeien. Derartige Urtheile werden aber auf Grund von Unterlagen formulirt, die lebhaft an gewisse bayerisch-preußische Analoga bei uns erinnern. Damit hat es also nicht viel auf sich. Thatsache ist vielmehr, daß die europäische Industrie vor der weiteren Entwickelung der inneren Verhältnisse in der Sternenbanner-Republik auf der Hut sein muß. Die von Amerika drohende wirthschaftliche Gefahr ist schon verschiedentlich von großen Volkswirthen der Neuzeit eingehend gewürdigt worden, u. A. von dem französischen Nationalökonomen Leroy-Beaulieu. Blickt man dazu auf die gleichzeitig in Ostasien auftauchende Wolke, in deren Schooß noch verhüllt zwar, aber doch in den Umrissen bereits erkennbar die japanische Konkurrenz auftaucht, so wird man jedenfalls das Eine klar erkennen, daß die Zeichen der Zeit nicht dazu angethan sind, um den europäischen Mächten Hader und Mißtrauen untereinander als räthlich und ihren Interessen förderlich erscheinen zu lassen. Es giebt sogar urtheilsfähige Politiker, denen die panamerikanische Gefahr, wenn auch als die zur Zeit entferntere, so doch als die am schwersten wiegende von allen erscheint, die der Zukunft Europas drohen. Ein Blitz dieser Erkenntniß zuckte hier und da auf, als die Vereinigten Staaten ihre letzten Absichten gegenüber Europa aus Anlaß der Venezuelafrage klar hervortreten ließen; aber die allgemeine, nur zu wohlbegründete Abneigung gegen die perfide, gänzlich uneuropäische Politik Englands that das Ihrige, um die aufflackernde Flamme des europäischen Solidaritätsbewußtseins rasch wieder im Keime zu ersticken. Besser wird es auch nicht eher werden, als bis England sich entschließen könnte, eine aufrichtige europäische Politik zu treiben. Wenn aber an England dauernd Hopfen und Malz verloren sein sollte, dann allerdings könnte es einmal dahin kommen, daß die panamerikanischen Bäume in den Himmel wüchsen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 6. Juli.

Berlin. Die Kaiserin empfing heute Vormittag den Besuch der Kronprinzessin von Schweden, die mit ihren beiden ältesten Söhnen Wilhelm und Gustav im Neuen Palais eintraf. Nachmittags wohnte die Kaiserin der Trauerfeier für den verstorbenen Oberhofprediger Kögel in Berlin bei. — Es wird bestätigt, daß Prinz Ludwig von Bayern vom Kaiser zur Theilnahme an den Kaisermanövern in Sachsen eingeladen worden ist und dieser Einladung Folge leisten wird. — Im Auftrag des Kaisers hat der deutsche Gesandte in Haag am 3. d. M. der Beisetzung der in Padua ausgegrabenen und nach Delft überführten Ueberreste des Prinzen Wilhelm von Oranien beigewohnt und einen Kranz am Sarge desselben niedergelegt. — Die Kaiserin Friedrich traf gestern zum Besuche des Königs von Dänemark in Wiesbaden ein. — Prinz Alexander von Hohenlohe, dem anläßlich seines Eintretens für die Detailreisenden bei der Berathung der Gewerbenovelle im Reichstage mehrfache Dankschreiben zugegangen sind, hat auf ein solches aus Mühlhausen i. Th. eingehend geantwortet. Es heißt in der Antwort u. A.: Indem ich bei dieser Gelegenheit der immer mehr um sich greifenden Tendenz, die Gewerbefreiheit, sowie überhaupt die individuelle Freiheit des Einzelnen einzuschränken, entgegengetreten bin, glaube ich übrigens, nichts als meine Pflicht als Volksvertreter gethan zu haben, welcher doch nach der Reichsverfassung der Vertreter des gesammten Volkes sein soll und nicht dazu da ist, um Gesetze zu Gunsten einzelner bestimmter Kreise im Staat zu machen. Die Angriffe, welche ich dafür von einzelnen Seiten erfahren habe, werden mich nicht abhalten, auch in Zukunft, wenn ich es für nöthig halte, meiner Ueberzeugung in dieser Richtung Ausdruck zu geben. Was die vom Reichstage beschlossene Novelle betrifft, so müssen die Interessenten selbst versuchen, vom Bundesrath durch eingehende Darlegung ihrer Lage für diejenigen Branchen, welche durch die beschlossenen Beschränkungen geschädigt werden, wenigstens durch Ausnahmen Erleichterungen zu erlangen für den Fall, daß der Bundesrath den beschlossenen Bestimmungen seine Zustimmung ertheilen sollte. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht das Verzeichniß derjenigen Ehrenritter des Johanniterordens, denen am 24. Juni in der Johanniterordenskirche zu Sonnenburg der Ritterschlag und die Investitur ertheilt worden ist. Es befinden sich darunter folgende sächsische Kavaliere: Major z. D. und Klostervogt Georg von Posern auf Walthersdorf bei Nordmühle an der Elster, Majoratsbesitzer Eduard Freiherr v. Pentz auf Schloß Brandis bei Leipzig, Major z. D. Richard Freiherr von Müller zu Dresden, Rittergutsbesitzer Bernhard v. Arnim auf Planitz bei Zwickau, Rittmeister und Majoratsbesitzer Hermann Thomas Freiherr v. Kapherr zu Lockwitz bei Niedersedlitz und Hauptmann a. D. Georg Freiherr v. Rechenberg zu Dresden. — Der Magistrat von Stettin hat bei dem hiesigen Magistrat angeregt, daß zwischen Berlin und Stettin ein besserer Wasserweg an Stelle des Finow-Kanals geschaffen werde. Die Ausbildung dieser Wasserstraße soll soweit erfolgen, daß darauf Schiffe mit 12- bis 20,000 Centner Tragfähigkeit verkehren können. Auf dem jetzt bestehenden Wasserwege zwischen Berlin und Stettin ist die Tragfähigkeit der Schiffe auf 3500 Centner beschränkt. Der Berliner Magistrat hat sich dem Stettiner gegenüber erboten, über diese Angelegenheit in Verhandlung zu treten. — Freiherr v. Hammerstein wird die gegen ihn erkannte Strafe in der Strafanstalt Moabit verbüßen. Seine Angehörigen sollen sich mit einer bezüglichen Bitte an den Minister des Innern gewandt haben, der seine Zustimmung dazu ertheilt hat. — Zum Prozeß Hermann Friedmann wird berichtet, daß wegen der Bewucherung des jetzt Verurtheilten bereits am 16. Juni durch die Staatsanwaltschaft gegen 17 zum Theil bisher als hochachtbar geltende Berliner Firmen das Strafverfahren eingeleitet worden ist. — Für Transvaal hat die hiesige Fabrik von Ludwig Löwe 60,000 Gewehre und andere Waffen zu liefern, 10,000 Stück sind bereits geliefert. — Die Gläubiger des Theaters „Alt-Berlin" in der hiesigen Gewerbe-Ausstellung sind zum 8. d. M. zu einer Gläubigerversammlung geladen worden.

Leipzig. In der heute begonnenen Verhandlung in dem Prozeß Wehlan führt den Vorsitz Präsident des Reichsgerichts v. Lehlschläger. Die Staatsanwaltschaft vertritt Regierungsassessor Dr. v. Buri vom Auswärtigen Amt. Die Vertheidigung führt Rechtsanwalt Boyens-Leipzig. Prinz Albert von Sachsen wohnt der Verhandlung bei. Wehlan bestreitet, seine Amtsbefugniß überschritten zu haben.

Leipzig. In der Verhandlung gegen den Assessor Wehlan beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft Dienstentlassung.

Leipzig. Der Disziplinarhof verwarf heute im Prozesse Wehlan beide Revisionen und bestätigte das Urtheil des ersten Richters, nämlich 500 Mk. Geldstrafe und Versetzung in ein anderes Amt gleichen Ranges. Die Kosten werden zur Hälfte der Reichskasse und zur Hälfte dem Angeklagten auferlegt.

* **Hamburg.** Kurz nach 10 Uhr Vormittags stürzte das Gerüst eines vierstöckigen Neubaues im Vorort Rother Baum ein, wobei 2 Personen getödtet, 3 schwer und 3 leicht verletzt wurden.

Breslau. Heute begann ein sensationeller Prozeß gegen die frühere Restaurateurin Gertrud Hentschel und 10 weitere Personen wegen Erpressung u. s. w. Es handelte sich in der Hauptsache darum, daß die Angeklagte Hentschel das Vermögen des Grafen Erdmann Pückler zu Rogau, mit dem sie intime Beziehungen unterhalten, um Tausende durch Vorspiegelung falscher Thatsachen, Erpressung und Drohung geschädigt, daß sie ferner gegen den Grafen eine wissentlich falsche Anschuldigung eingereicht und daß sie sich der schweren Urkundenfälschung schuldig gemacht hat. Der Prozeß erregt das größte Aufsehen. Die Verhandlungen werden etwa 3 Tage dauern, die Oeffentlichkeit wird ausgeschlossen.

Essen. In der heutigen Versammlung der Zechenbesitzer des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats wurden die Absatzverhältnisse für andauernd günstig erklärt. Eine Steigerung im Herbstgeschäft sei bestimmt zu erwarten, wenn nicht Wagenmangel herrsche, der sich jetzt schon bemerkbar mache. Der Antrag auf Verlängerung des Vertrags mit dem Coksyndikat und dem Briquett-Verein wurde an den Beirath zur näheren Erörterung zurückverwiesen.

Straßburg. Der Bezirkspräsident von Ober-Elsaß verweigert die Bestätigung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Bueb als Mitglied des Gemeinderathes von Mülhausen, weil Bueb keine Steuern zahle. — Der Direktor der Mülhausener Philharmonischen Gesellschaft Adolph Stiehle ist heute früh gestorben.

Wilhelmshafen. Im 2. Seebataillon ist eine endemisch auftretende Augenkrankheit ausgebrochen. Umfassende Maßregeln gegen Weiterverbreitung der Krankheit sind getroffen. Alle Gesunden wurden sofort aus der Kaserne ausquartiert und in den Matrosen-Kasernements untergebracht. Bei den getroffenen Vorkehrungen und Vorsichtsmaßregeln ist der Angelegenheit besondere Bedeutung nicht beizumessen.

Marburg. Im Dorfe Sielen wurden durch ein Schadenfeuer 6 Wohnhäuser mit den Nebengebäuden eingeäschert.

Mainz. Die Generalversammlung der hiesigen Ludwigsbahn, in welcher 43,840,800 Mark Aktien-Kapital mit 73,068 Stimmen vertreten war, lehnte den Antrag des Verwaltungsrathes auf Annahme des Regierungsangebotes von 730,50 Mark ab. Nachdem der Berlin-Hamburger Antrag auf 750 Mark zurückgezogen war, wurde der Vermittelungsantrag des Verwaltungsrathes auf 741 Mk. mit 71,494 gegen 914 Stimmen angenommen.

Paris. Trotz aller Verbote finden in Süd-Frankreich weitere Stiergefechte statt, so gestern in Nimes, wo in Anwesenheit der Behörden und 20,000 Zuschauer von einer spanischen Cuadrilla 2 Stiere getödtet wurden, die vorher vier Pferden den Leib aufgerissen hatten.

Brest. Der Streik der Sardinen-Konservenbüchsen-Arbeiter an der bretonischen Küste ist beendet.

Lille. Alle Gießer in den hiesigen metallurgischen Fabriken, 1800 an der Zahl, sind in den Ausstand eingetreten.

London. Das Gerücht, ein Mitglied des Hauses Rothschild werde in den Verwaltungsrath der Chartered Company eintreten, ist unbegründet. Man glaubt, daß gegenwärtig keine Schritte unternommen werden, um die bisher von Rhodes und Beit innegehabten Posten wieder zu besetzen. Dem Vernehmen nach wird demnächst eine Versammlung der Aktionäre stattfinden, in welcher die Frage einer Vermehrung des Gesellschaftskapitals berathen werden soll.

Petersburg. Der Kaiser hat den Empfang der Deputation aus den Städten und Landschaften und anderer Deputationen bis zum nächsten November verschoben.

Petersburg. Die deutschen Schulschiffe „Stein" und „Stosch" werden in dieser Woche hier eintreffen. Die Mitglieder der hiesigen deutschen Kolonie geben ihren Landsleuten am 10. d. M. ein Fest im deutschen Klub. — Nach den letzten amtlichen telegraphischen Nachrichten sind die Ernteaussichten vorzügliche. Die erste Stelle nehmen die südlichen und mittleren Zonen und der nördliche Kaukasus ein; gute Aussichten sind auch in den nördlich-östlichen Provinzen. Die Ernte hat begonnen.

Konstantinopel. Das armenische Komitee erließ ein Rundschreiben, welches besagt, daß es in Folge der von den Behörden ausgehenden Unterdrückungen und Ausschreitungen gegen die Armenier nunmehr den Kampf mit allen Mitteln beginnen werde.

* **Larnaka.** Auf Cypern finden fortgesetzt heftige Erdstöße statt. In Limassol herrscht allgemeine Panik. Die Behörden versahen die Bevölkerung mit Zelten; auch die Regierungsbureaux, die Bank und das Telegraphenamt sind in Zelten untergebracht.

Aden. Aus Djibuti wird gemeldet, daß dort in vergangener Nacht Graf Konstantin Wersowitz, der im Auftrag eines Komitees römischer Damen nach Abessinien gereist war, um den italienischen Gefangenen Unterstützung zu bringen, plötzlich gestorben ist.

Die heutige **Berliner Börse** war fest in Folge der Erklärung des Reichsbankpräsidenten in der heutigen Sitzung des Centralausschusses der Reichsbank, daß in Folge des in den letzten Tagen erfolgten Rückflusses von der Erhöhung des Bankdiskonts zur Zeit abgesehen werden könne, sowie auf Gerüchte, betr. neue russische Finanzgeschäfte. Letztere kamen namentlich Diskonto und Kommanditantheilen zu Gute, während bessere Witterungs- und Ernteberichte österreichische Eisenbahnen günstig beeinflußten. Von

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die beste für Wäsche und Haushalt